

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Völkerbund

Erzberger, Matthias

Berlin, 1918

Erstes Kapitel

[urn:nbn:de:bsz:31-242823](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-242823)

Erstes Kapitel.

Der Schrei nach dem Völkerbund.

Es war ein welthistorischer Augenblick, als der Reichskanzler Herr von Bethmann Hollweg im November 1916 im Reichstag seinem tiefen Menschheitsempfinden in dem Wort von jenem „Schrei nach friedlichen Abmachungen und Verständigungen“ Ausdruck gab, der nach dem Kriege durch die ganze Menschheit gehen werde, ein Schrei nach Abmachungen, um die Wiederverkehr eines solchen Weltkrieges wie des jetzigen zu verhüten. Seither sind zwei weitere Kriegsjahre verflossen, Jahre, bis zum Rande angefüllt voll Leid und Blut und Tränen. Der Ruf hat ein millionenfaches Echo in allen Völkern geweckt. Alle verlangen sie nach Garantien, daß die Welt nicht wieder in ein Menschenschlachthaus verwandelt wird. In allen Ländern werden vor allem diejenigen, die dabei waren und die Schrecken des Krieges mit den eigenen Augen gesehen und am eigenen Leibe verspürt, in denen die Erkenntnis von der Sinnlosigkeit, daß ganze Völker mit der Blüte ihrer männlichen Welt aufeinander loswüthen, um internationale Streitigkeiten zur Entscheidung zu bringen, zu einem mächtigen Willensimpuls geworden ist, sich mit denen, die die Verwüstung an Gut und der Verlust an nahestehenden Menschen besonders hart getroffen hat, vereinen, um dahin zu wirken, daß die Menschheit aus den Fängen des brutalen Faustrechtes erlöst wird und übereinkommt, wie im Verkehr von Mensch zu Mensch, so auch im Verkehr von Staat zu Staat die Mittel rechtlicher Auseinandersetzung zu gebrauchen.

Diese Bewegung wird kommen. Sie ist schon da. Der Gedanke des Völkerbundes beschäftigt die Geister, auch die im engsten Chauvinismus eingeschienten; er schwebt in mehr oder weniger eindringlicher Form über dem Schlachtendonner als eine Hoffnung, als eine Forderung, eine Erinnerung an das Gemeinsame, das die Völker verbindet. Viele, die jeden Tag aus den Schützengräben, die die ganze Welt durchziehen, emporsteigen, tun es gefaßter, weil sie von der Hoffnung getragen sind, daß sie für neue Zeiten kämpfen, weil sie sich als Baustein für dies Neue fühlen. In seiner Rede in der Deutschen Gesellschaft vom 20. August 1918 sagte Staatssekretär Solf:

„Wie vermeiden wir künftige Kriege? Wie erzielen wir die Wirksamkeit internationaler Abmachungen auch bei einem neuen Kriege? Wie stellen wir die Nichtkombattanten sicher? Wie ersparen wir es den neutralen Staaten in Zukunft, daß sie für ihre Friedfertigkeit büßen müssen? Wie schützen wir nationale Minderheiten? Wie regeln wir unsere gemeinsame Ehrenpflicht gegenüber den minderjährigen Rassen dieser Welt?“

Meine Herren, das sind alles brennende Menschheitsfragen. Hinter ihnen steht die Stimmung von Millionen, hinter ihnen steht unföglisches Leid, stehen unerhörte Erlebnisse. Gerade unter den Kämpfern, unter denen, die gefallen sind, in allen Ländern, unter denen, die Kraft, Gesundheit oder Lebensfreude verloren haben, hat es Tausende gegeben, Tausende, denen das Opfer leicht fiel, weil sie den Glauben nicht verloren hatten, daß aus dem angesammelten Leid, aus all der Not und Qual eine bessere Welt entstehen würde, die ihren Kindern und Enkeln Ruhe und Sicherheit, den Völkern aber untereinander den guten Willen verbürgte. Meine Herren, der Siegeszug dieser gemeinsamen Ziele ist sicher.“

Gewiß, das Leben der Völker wird auch später keine Idylle sein. Ein so großes Ziel ist nicht durch gefühlsmäßiges Erfassen schon verwirklicht. Aber ohne das tiefe Erleben, das die Gemüter in einer großen Bewegung trägt, lassen sich große Ziele nicht verwirklichen, ihre Schwierigkeiten nicht lösen. Aber alle die, die für ihre Völker sprechen und sie vertreten, haben die Pflicht, das, was sie bewegt, die neuen Probleme, aufzugreifen, ihnen Richtlinien zu geben, und sie in ihre Politik aufzunehmen.

Es ist nicht zuviel gesagt, daß alle Völker nach einer Neuordnung des internationalpolitischen Systems streben, durch die die Kriege in Zukunft verhindert werden. Es ist auch weiterhin nicht zuviel gesagt, daß alle Regierungen dieses Problem erwägen. Der Gedanke des Völkerbundes wird keineswegs dadurch diskreditiert, daß er vorerst in Paris und London und Washington mit einer gehörigen Dosis von Eigennutz behandelt wird. Innerhalb der Entente ist der Kampf zwischen den Sieg- und Eroberungspolitikern und den vernünftigen Kreisen noch weniger zum Abschluß gekommen als bei uns. Die Eroberungspolitikern benutzen das Völkerbundmotiv, um ihre eigenen Völker zusammenzuhalten oder durch seine Begrenzung auf die Entente eine neue Waffe gegen die Mittelmächte zu schmieden. Aber den Gedanken des Völkerbundes an sich wagt in der Entente kein Minister aus seinen Erörterungen fortzulassen. Im englischen Unterhaus erklärte der Unterstaatssekretär Cecil am 1. August 1918, daß die Regierung einen eingehenden Plan ausarbeite, im französischen Ministerium des Auswärtigen ist zu demselben Zwecke eine Kommission eingesetzt worden.

Unter den Männern in England, die der Frage einer Neuorganisation des zwischenstaatlichen Lebens mit der Überzeugung von der Notwendigkeit ihrer Allgemeinheit nähertreten, gehört Lord Edward Grey. Es darf in Erinnerung zurückgerufen werden, daß in dem Augenblick, als die Welt in den Abgrund des Krieges hinabsank, Grey es war, in dessen Kopf der Gedanke der Unbrauchbarkeit des bisherigen zwischenstaatlichen Koalitionssystems und seines Ersatzes durch ein neues System auftauchte. In seiner Note vom 31. Juli 1914 an den Reichskanzler versprach er für den Fall, daß der Friede gewahrt und die Krise überstanden werde, ein unter Teilnahme Deutschlands getroffenes Übereinkommen fördern zu wollen, durch das Deutschland die Sicherheit erhalten sollte, daß Frankreich, Rußland und England gegen den Dreibund keine feindliche Politik verfolgten; es heißt da:

„Die Idee war bis jetzt eine zu utopische, um den Gegenstand bestimmter Vorschläge zu bilden; aber wenn die jetzige Krise, die schwerste, welche Europa seit vielen Menschenaltern durchzumachen hat, überstanden sein wird, hoffe ich, daß die darauffolgende Erleichterung und der daraus entstehende Rückschlag eine innigere Verständigung zwischen den Mächten als bisher ermöglichen werde.“

Grey ließ damals das Rad des Risikos laufen. Aber immerhin, allein die Tatsache, daß Grey mitten in dem rasselnden Lauf des Räderwerkes des alten internationalpolitischen Systems die Frage nach etwas berührte, was wie ein europäischer Staatenbund aussieht, ist bemerkenswert.

Grey war es denn auch, der am 23. Oktober 1916 im ausländischen Pressverein den Vorschlag Wilsons in seiner Rede im Mai auf Errichtung eines Bundes, der zur Verbürgung des Friedens nach dem Kriege eine internationale Übereinkunft zustandebringen sollte, mit Freuden begrüßte:

„Einen derartigen Versuch werden wir alle mit großer Freude annehmen. Wenn die Nationen nach dem Kriege ein Bündnis eingehen wollen, um den Frieden aufrechtzuerhalten, müssen sie dafür Sorge tragen, nichts auf sich zu nehmen, was über ihre Kräfte geht, sondern sie möglicherweise in eine Krise bringen könnte. Das Ziel des Bündnisses muß sein, über die Aufrechterhaltung der Verträge zu wachen und dahin zu wirken, daß man erst eine andere Lösung für jeden Konflikt zu finden versucht, bevor man zu einer Kriegserklärung übergeht. Im Jahre 1914 bestand ein derartiges Bündnis nicht...“

Dieser letzte Satz bestätigt, daß Grey in der erwähnten Note vom 31. Juli tatsächlich auf eine gegenseitige Bindung anspielte.

Die erste programmatische deutsche Äußerung zu dem Gedanken eines Völkerbundes liegt in der eingangs erwähnten Rede des Reichskanzlers vor, die eine Antwort auf Greys Ausführungen war. Der Kanzler führte aus:

„Die theoretischen Seiten des Problems will ich hier nicht erörtern. Aber praktisch werden wir jetzt und im Frieden zu der Frage Stellung nehmen müssen. Wenn bei und nach der Beendigung des Krieges seine entsetzlichen Verwüstungen an Gut und Blut der Welt erst zum vollen Bewußtsein kommen werden, dann wird durch die ganze Menschheit ein Schrei nach friedlichen Abmachungen und Verständigungen gehen, die, soweit es irgend in Menschenmacht liegt, die Wiederkehr einer so ungeheuerlichen Katastrophe verhüten. Dieser Schrei wird so stark und so berechtigt sein, daß er zu einem Ergebnis führen muß. Deutschland wird jeden Versuch, eine praktische Lösung zu finden, ehrlich mitprüfen und an seiner möglichen Verwirklichung mitarbeiten. Das um so mehr, wenn der Krieg, wie wir zuversichtlich erwarten, politische Zustände hervorbringt, die der freien Entwicklung aller Nationen, kleiner wie großer, gerecht werden. Dabei wird das Prinzip des Rechts und der freien Entwicklung nicht bloß auf dem Festland, sondern auch auf dem Meere zur Geltung zu bringen sein. Davon hat Lord Grey allerdings nicht gesprochen.“

Mit Recht hatte der Kanzler auf diesen wichtigen Punkt hingewiesen, daß das Prinzip des Rechts und der freien Entwicklung auch auf dem Meere durchgeführt werden müsse. Er hob den Zwang der englischen Weltherrschaft über die Neutralen auf dem Meere hervor und bezeichnete die Annexionsabsichten der Entente in der Türkei und Elsaß-Lothringen als eine Gewaltpolitik, die mit dem Gedanken eines Völkerfriedensbundes nicht im Einklang stehe. Er fuhr fort:

„Eine solche Gewaltpolitik kann nicht die Grundlage zu einem wirksamen internationalen Friedensbunde abgeben. Eine solche Gewaltpolitik steht in krassem Widerspruch mit dem von Lord Grey und Herrn Asquith angestrebten Idealszustande, in dem das Recht über die Macht herrscht und alle Staaten, die die Familie der zivilisierten Menschheit bilden, ob groß oder klein, sich unter gleichen Bedingungen und in Übereinstimmung mit ihren natürlichen Anlagen frei entwickeln können.“

Will sich die Entente ernstlich auf diesen Boden stellen, dann sollte sie auch konsequent danach handeln. Tut sie das nicht, dann bleiben auch die erhabensten Worte über Friedensbund und einträchtiges Zusammenleben der Völkerfamilie Schall und Rauch.

Die erste Vorbedingung für eine Entwicklung der internationalen Beziehungen auf dem Wege des Schiedsgerichts und des friedlichen Ausgleichs entgegenstehender Gegensätze wäre, daß sich keine aggressiven Koalitionen bilden. Deutschland ist jederzeit bereit, einem Völkerbunde beizutreten, ja, sich an die Spitze eines Völkerbundes zu stellen, der die Friedenstörer im Zaume hält.“

Der Reichskanzler erklärte hiermit also die grundsätzliche Bereitschaft Deutschlands, einem Völkerbunde beizutreten und bezeichnete als die erste Bedingung zur Verwirklichung desselben und als seine Voraussetzungen die Beseitigung des

Koalitionsprinzips — denn jede Koalition ist für den, der außerhalb ihrer steht, eine Bedrohung — aus dem bisherigen politischen System. Es war nicht geschickt von Bethmann Hollweg, seiner grundsätzlichen Bereitschaftserklärung den Satz nachfolgen zu lassen, Deutschland sei bereit, sich an die Spitze eines Völkerbundes zu stellen. Dadurch bewegte er sich in ähnlichen Gedankengängen, die er selbst an Lord Grey getadelt hatte, als er von dem eigenartigen, auf die speziellen englischen Wünsche zugeschnittenen Charakter der internationalen Friedensbürgschaft Lord Greys sprach.

Am 23. Oktober 1916 hatte Grey als Minister gesprochen. Seine kürzlich (Juni 1918) erschienene Broschüre über die „Liga der Nationen“ zeigt ihn als Politiker, der seine Überzeugung, die durch den Fortgang des Krieges nur bestärkt werden konnte, ehrlich und mit einem ethischen Pathos vertritt, das man nicht einfach in der beliebten Weise mit dem Worte „Heuchelei“ abtun kann. „Der Völkerbundsgedanke“, sagt er, „muß mit Ernst und Überzeugung von den Leitern der Völker aufgenommen werden, er muß ein wesentlicher Bestandteil ihrer Politik werden.“ Nach ihm muß der Völkerbund alle Nationen, also auch Deutschland, umfassen, und wenn er davon spricht, daß jedes Glied des Völkerbundes sich „eine gewisse Begrenzung in seinen nationalen Handlungen“ gefallen lassen und „gewisse hemmende Verpflichtungen“ übernehmen müssen, wenn er den Satz aufstellt, daß der Stärkere auf sein Recht verzichten und ebenso wie der Schwächere bei Staatskonflikten vor Gebrauch der Waffen andere Mittel zu ergreifen verpflichtet ist, so zeigt das, daß er nicht im Sinne hat, im Völkerbund einen Verzicht lediglich für Deutschland und seine Verbündeten zu statuieren. Grey fürchtet, Deutschland wolle durch seine Vorherrschaft den Frieden sichern. Aber dasselbe fürchtet er auch für den englischen und den Wilsonschen Militarismus. „Auch die Vereinigten Staaten und die Alliierten müssen anerkennen, daß der Militarismus der tödliche Feind der Menschheit ist“, schreibt er.]

Wir kehren zu Greys Oktober-Rede 1916 und Bethmanns Antwort hierauf zurück. Mit Bezug auf beide Äußerungen glaubte Präsident Wilson in seiner Friedensnote an die kriegsführenden Mächte vom 21. Dezember 1916 feststellen zu können:

„Jede Partei wünscht sich neben allen anderen Nationen und Völkern in Zukunft gesichert zu sehen gegen die Wiederholung eines Krieges wie des gegenwärtigen sowie gegen Angriffe und eigennützige Störungen jeder Art. Jeder glaubt der Bildung weiterer gegnerischer Vereinigungen, die unter wachsendem Argwohn ein unsicheres Gleichgewicht der Mächte herbeiführen würde, mit Mißtrauen entgegensehen zu sollen. Aber jeder ist bereit, die Bildung einer Liga von Nationen in Erwägung zu ziehen, die den Frieden und die Gerechtigkeit in der ganzen Welt gewährleistet. Ehe

jedoch dieser letzte Schritt getan werden kann, hält jede Partei es für notwendig, zunächst die mit dem gegenwärtigen Kriege verknüpften Fragen unter Bedingungen zu lösen, die die Unabhängigkeit, die territoriale Integrität sowie die politische und wirtschaftliche Freiheit der an dem Kriege beteiligten Nationen sicherlich gewährleisten.“

Damit hatte Wilson in der Tat den Standpunkt Englands und Deutschlands wiedergegeben, daß nämlich vor einer Bildung des Völkerbundes erst die Probleme des Krieges gelöst werden mußten. Jeder von den beiden Staaten glaubte damals, seine Probleme nur mit der Waffe lösen zu können. In diesem Sinne lautete auch die deutsche Antwort an Wilson vom 26. Dezember 1916:

„Auch die Kaiserliche Regierung ist der Ansicht, daß das große Werk der Verhütung künftiger Kriege erst nach Beendigung des gegenwärtigen Völkerringens in Angriff genommen werden kann. Sie wird, wenn dieser Zeitpunkt gekommen ist, mit Freuden bereit sein, zusammen mit den Vereinigten Staaten von Amerika an dieser erhabenen Aufgabe mitzuarbeiten.“

Nach zwei weiteren Kriegsjahren dürfte der Völkerbund aber eng mit der Frage der Friedenserheerführung verknüpft sein.

Auf Grund dieser Lage hielt dann Wilson am 22. Januar 1917 vor dem Senat seine Rede über die Grundlagen eines dauerhaften Friedens, deren Wortlaut er zugleich allen auswärtigen Regierungen überreichen ließ. Er versuchte, die Probleme des gegenwärtigen Krieges unter dem Gesichtspunkt einer dauernden Friedenssicherung zu betrachten. Dem Frieden müsse ein Einvernehmen der Mächte (Concert of power) zur Verhütung eines neuen Weltkrieges folgen. Amerika könne einer Friedensliga, die auf Grund des Friedens gebildet würde, nur unter der Bedingung beitreten, daß dieser Friede durch eine organisierte größere Kraft der Menschheit gesichert werde. Ein neues Gleichgewicht der Kräfte (Balance of power) verbürge nicht die Stabilität einer neuen Vereinbarung. „Nicht Gleichgewicht, sondern Gemeinsamkeit der Macht ist notwendig, nicht organisierte Nebenbuhlerschaft, sondern organisierter Gemeinfriede.“

Dann wendet sich Wilson zu dem Bekenntnis der Notwendigkeit eines Friedens ohne Sieg.

„Nur ein Friede unter Gleichen kann Dauer haben. Nur ein Friede, dessen Grundprinzip Gleichheit und gemeinsame Teilhaberschaft am gemeinsamen Nutzen ist, ist die richtige Geistesverfassung. Die Gleichheit der Nationen, auf die der Friede, wenn er dauerhaft sein soll, gegründet sein soll, gegründet sein muß, muß die Gleichheit der Rechte sein. Die gegenseitigen Bürgschaften dürfen den Unterschied zwischen großen und kleinen, mächtigen und schwachen Völkern weder ausdrücklich anerkennen, noch stillschweigend in sich begreifen. Das Recht muß gegründet sein auf die gemeinsame Kraft, nicht

auf individuelle Nationen, von deren Zusammenwirken der Friede abhängen wird. Gleichheit der Gebiete oder Hilfsmittel kann es natürlich nicht geben. Ebensovienig irgend eine andere Art der Gleichheit, die nicht in der gewöhnlichen, friedlichen, gekehrmäßigen Entwicklung der Völker selbst erworben werde. Aber niemand verlangt oder erwartet irgend etwas, das über die Gleichheit der Rechte hinausgehe. Die Menschheit hält jetzt Ausschau nach der Freiheit des Lebens, nicht nach dem Gleichgewicht der Macht."

Dann spricht Wilson von der Notwendigkeit, daß jede Regierung ihre gerechte Macht von der Zustimmung der Regierten ableite und geht dann zu der wichtigen Frage der Freiheit der Meere über. Er führt aus:

"Keine Nation braucht vom Zugang zu den offenen Wegen des Welthandels ferngehalten zu werden. Und der Seeweg muß gleichfalls durch gesetzliche Bestimmungen wie auch tatsächlich frei sein.

Freiheit der Meere ist eine *conditio sine qua non* für den Frieden, für Gleichheit und Zusammenarbeit. Viele derzeit in Geltung stehende Regeln internationaler Übung werden zweifelsohne einer radikalen Umarbeitung unterworfen werden müssen, um die Freiheit der Meere tatsächlich zu gewährleisten und deren gemeinsame Benutzbarkeit für die Menschen unter allen Umständen zu sichern. Aber der Beweggrund zur Einführung derartiger Änderungen ist überzeugend und zwingend. Ohne diese Änderung kann es kein Vertrauen und keine guten Beziehungen unter den Völkern geben. Der ununterbrochene, freie und unbedrohte Verkehr von Volk zu Volk ist ein wesentlicher Teil des Friedens und des Entwicklungsprozesses. Es braucht nicht schwer zu sein, die Freiheit der Meere zu definieren oder sicherzustellen, wenn die Regierungen der Welt den aufrichtigen Willen haben, diesbezüglich zu einer Verständigung zu gelangen."

Wie die Freiheit der Meere zu sichern ist, deutet Wilson unmittelbar anschließend an:

"Die Freiheit der Meere ist ein Problem, welches mit der Begrenzung der maritimen Rüstungen und der Zusammenarbeit der Flotten der Welt, um die Meere frei als sowohl gesichert zu halten, eng verknüpft ist. Und die Frage der Begrenzung der maritimen Rüstungen bringt auch eine größere und vielleicht schwierigere Frage aufs Tapet: wie Landarmeen und jedes Programm militärischer Vorbereitung eine Beschränkung erfahren könnten."

Mit Recht sagt Wilson, diese Fragen müßten, so schwierig und heikel sie auch sein mögen, mit absoluter Unvoreingenommenheit betrachtet und im Geiste wirklichen Entgegenkommens gelöst werden, wenn der Friede von Dauer sein solle.

"Ohne Opfer und Konzessionen ist Frieden unmöglich. Der Geist der Ruhe und Sicherheit wird niemals unter den Völkern heimisch werden, wenn große, schwerwiegende Rüstungsmaßnahmen da und dort in Zukunft Platz greifen und fortgesetzt werden

sollten. Die Staatsmänner der Welt müssen für den Frieden arbeiten, und die Völker müssen ihre Politik diesem Gesichtspunkte anpassen, so wie sie sich bisher auf den Krieg, auf den erbarmungslosen Kampf und auf den Wettstreit vorbereitet haben. Die Frage der Rüstungen, einerlei, ob zu Wasser oder zu Lande, ist jene Frage, welche am unmittelbarsten und einschneidendsten mit dem künftigen Geschick der Völker und des Menschengeschlechtes verknüpft ist."

Zum Schluß faßt Wilson noch einmal seine Ansichten zusammen in 5 Punkten:

1. Selbstbestimmung der Völker.
2. Aufgabe der Koalitionspolitik. „In einem Konzert der Mächte gibt es keine verwickelnden Allianzen.“ Kein Gleichgewicht der Mächte.
3. Regierungen unter Zustimmung der Regierten.
4. Freiheit der Meere.
5. Beschränkung der Rüstungen, „die aus den Heeren und Flotten lediglich ein Werkzeug der Ordnung, nicht aber ein Werkzeug für den Angriff oder eigensüchtige Gewalttätigkeit macht."

Nur zehn Tage stand dieses Programm des neutralen Wilson zur Diskussion der Welt; es fand kein Echo. Dann brach der unbeschränkte U-Boot-Krieg aus. Zwei Monate später war Amerika in den Krieg eingetreten. Der Unterseebootkrieg führte zur umfassenden Organisation der gemeinsamen Kräfte Englands, Frankreichs und Amerikas, das seither der Hoffnungstern der kriegstreiberischen Kreise in England und Frankreich ist.

Hier ist der Ort, einige Worte über Wilsons Politik zu sagen. Man ist gewohnt, Wilson in Deutschland als den Prototyp des Heuchlers anzusehen, der hinter einer pazifistischen Maske pro-englische Politik treibe. Es genügt, auf die von Wilson stets vertretene Forderung der Freiheit der Meere hinzuweisen, um den Gegensatz, in welchem Wilson zu England steht, zu erkennen. Das Allbritentum sieht in Wilson eher seinen Feind als seinen Freund, obwohl man in England Wilsons Zielen offiziell zustimmt. Wilson treibt lediglich amerikanische Politik. Es war gewiß sein Ehrgeiz, aber es waren auch tiefrealpolitische Momente, die es ihm zur Aufgabe machten, als Friedensbringer aufzutreten. Durch den ungeheuren Weltbrand, der auf allen Seiten einen ungeheuren Militarismus geboren und entfaltet hat, sind die Vereinigten Staaten aus ihrem Antimilitarismus aufgeschreckt worden. Die amerikanische Politik ist der Ausdruck seines Wirtschaftslebens, sie hat ihre Stärke in dem Vorherrschen des demokratischen Gedankens, dessen amerikanische Färbung sich mit dem Rüstungssystem nicht verträgt. Um Amerika nicht zu zwingen, die allseitige Entwicklung mitzumachen,

wollte Wilson den Frieden bringen, mit Prinzipien, die die Grundlagen der amerikanischen Auffassung der Politik und des Wirtschaftslebens gewährleisten. Er wollte einen Frieden ohne Sieg, die Freiheit der Meere, einen Zustand, der nicht auf der Vorherrschaft einer Macht auf der Welt beruhte. Es gelang ihm nicht, diesen Frieden zu erreichen. Der Unterseebootskrieg hat Wilson in der Änderung seiner Wege zu dem gleichberechtigten Ziel stark beeinflusst. Der U-Boot-Krieg schien ihm die Sicherheit Amerikas und seines Handels zu zerstören und Wilson mochte daher von selbst auf die Bahn der Beteiligung am Ententekrieg hinübergleiten. Zuerst dachte er, durch die volle wirtschaftliche Unterstützung der Entente den Krieg zu einer Entscheidung zu bringen, die für Amerika günstig war. Als diese Entscheidung nicht kam, ging Wilson einen Schritt weiter, in eiserner Konsequenz auf dem einmal beschrittenen Wege, und Amerikas militärische Teilnahme am Kriege wurde Tatsache. In dem Maße, als die amerikanische Beteiligung an Bedeutung wuchs, wuchs auch der politische Wille Wilsons gegenüber der Entente. Wilson ist es, der, wenn auch nicht sichtbar, die Oberhand hat und sich freie Hand vorbehält, zum Beispiel bezüglich der Wirtschaftsverfragen nach dem Kriege. Er hat Amerika aus seiner politischen Isoliertheit in den Kreis der entscheidenden Interessen geworfen; es erscheint, als ob Wilson nicht nur gegen die Zentralmächte, sondern auch gegen England Krieg führt. Was Wilson auch jetzt noch will, ist der Friede, den Amerika braucht, ein Friede, bei dem das amerikanisch-demokratische, politische und wirtschaftliche Ideal nicht beeinträchtigt wird. Wilson will es dadurch sichern, daß er es in der Welt durchsetzt. Seine Völkerbunds Idee steht im Gegensatz zu der Englands, das den Völkerbund mit einem britischen Imperium identifizieren will. Wilson will allerdings, nach seiner letzten Äußerung zu schließen, auf die wir noch zurückkommen werden, mit England den Weg des Sieges. Er ist sich der Bedeutung der wirtschaftlichen Waffen in den Händen der Vereinigten Staaten nach jeder Richtung hin voll bewußt.

Kehren wir zu der zentralmächtig-amerikanischen Diskussion des Jahres 1917 zurück, in der nach Wilsons Januarrede zunächst eine Unterbrechung eintrat.

Es folgte die hochherzige Friedensnote des Papstes vom 1. August 1917, deren hier in Betracht kommende Stellen lauten:

„Um uns aber nicht mehr auf allgemeine Ausdrücke zu beschränken, wie es uns bisher die Umstände ratsam erscheinen ließen, wollen wir nunmehr zu Vorschlägen übergeben, die in höherem Maße anschaulich und ausführbar sind, und die Regierungen der kriegsführenden Völker auffordern, sich über die folgenden Punkte, welche als die notwendige Grundlage für einen gerechten und dauerhaften Frieden erscheinen, ins

Einvernehmen zu setzen, wobei ihnen überlassen bleibt, die Punkte im einzelnen festzulegen und zu ergänzen.

Vor allem muß der Grundgedanke sein, daß an die Stelle der materiellen Kraft der Waffen die moralische Kraft des Rechts tritt; hieraus folgt ein billiges Einvernehmen aller zum Zwecke gleichzeitiger und gegenseitiger Verminderung der Rüstungen nach bestimmten Regeln und unter gewissen Sicherheiten bis zu dem Maße, das zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung in jedem Staate notwendig und ausreichend ist; sodann an Stelle der Streitkräfte die Einführung der Schiedsgerichtsbarkeit mit ihrer hohen friedensstiftenden Wirkung gemäß vereinbarter Normen unter Androhung bestimmter Nachteile gegenüber dem Staate, der sich weigern sollte, entweder die internationalen Streitfragen der Schiedsgerichtsbarkeit zu unterwerfen oder deren Entscheidungen anzunehmen.

Wenn einmal auf diese Weise die Vorherrschaft des Rechts hergestellt ist, möge man jedes Hindernis beseitigen, das dem Verkehr der Völker im Wege steht, indem man in gleicher Weise durch feste Regeln die wahre Freiheit und Gemeinsamkeit der Meere sichert; dies würde einerseits vielfache Konfliktgründe ausschalten, andernteils alle neuen Quellen des Wohlstandes und Fortschrittes eröffnen.“

Diese päpstlichen Vorschläge sind von der deutschen Regierung in vollem Umfang zu den ihrigen gemacht worden. Die deutsche Antwort vom 19. September 1917 wird stets ein Dokument sein für die Bereitschaft Deutschlands, was es selbst angeht, zu einer Umgestaltung des internationalpolitischen Systems beizutragen. Das Dokument hat noch insofern eine gesteigerte Bedeutung, als in ihm Bezug genommen ist auf die Reichstagsresolution vom 19. Juli, die außer der Erklärung des Deutschen Reichstages zu einem Verständigungsfrieden ohne Gewalttaten, zur dauernden Versöhnung der Völker auf der Grundlage der wirtschaftlichen Freiheit der Völker und der Freiheit der Meere die Erklärung enthält:

„Der Reichstag wird die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen tatkräftig fördern.“

Die deutsche Antwortnote an den Papst lautet in ihrem wesentlichen Teil:

„In Würdigung der Bedeutung, die der Kundgebung Seiner Heiligkeit zukommt, hat die Kaiserliche Regierung nicht verfehlt, die darin enthaltenen Anregungen ernster und gewissenhafter Prüfung zu unterziehen; die besonderen Maßnahmen, die sie in engster Fühlung mit der Vertretung des deutschen Volkes für die Beratung und Beantwortung der aufgeworfenen Fragen getroffen hat, legen davon Zeugnis ab, wie sehr es ihr am Herzen liegt, im Einklang mit den Wünschen Seiner Heiligkeit und der Friedenskundgebung des Reichstages vom 19. Juli d. J. brauchbare Grundlagen für einen gerechten und dauerhaften Frieden zu finden.“

Mit besonderer Sympathie begrüßt die Kaiserliche Regierung den führenden Gedanken des Friedensrufes, worin sich Seine Heiligkeit in klarer Weise zu der Überzeugung bekennt, daß künftig an die Stelle der materiellen Macht der Waffen die moralische Macht des Rechts treten muß. Auch wir sind davon durchdrungen, daß der kranke Körper der menschlichen Gesellschaft nur durch eine Stärkung der sittlichen Kraft des Rechtes gesunden kann. Hieraus würde nach Ansicht Seiner Heiligkeit die gleichzeitige Herabminderung der Streitkräfte aller Staaten und die Einrichtung eines verbindlichen Schiedsverfahrens für internationale Streitfragen folgen. Wir teilen die Auffassung Seiner Heiligkeit, daß bestimmte Regeln und gewisse Sicherheiten für eine gleichzeitige und gegenseitige Begrenzung der Rüstungen zu Lande, zu Wasser und in der Luft sowie für die wahre Freiheit und Gemeinsamkeit der hohen See diejenigen Gegenstände darstellen, bei deren Behandlung der neue Geist, der künftig im Verhältnis der Staaten zueinander herrschen soll, den ersten verheißungsvollen Ausdruck finden müßte. Es würde sich sodann ohne weiteres die Aufgabe ergeben, auftauchende internationale Meinungsverschiedenheiten nicht durch das Aufgebot der Streitkräfte, sondern durch friedliche Mittel, insbesondere auch auf dem Wege des Schiedsverfahrens, entscheiden zu lassen, dessen hohe friedensstiftende Wirkung wir mit Seiner Heiligkeit voll anerkennen. Die Kaiserliche Regierung wird dabei jeden Vorschlag unterstützen, der mit den Lebensinteressen des Deutschen Reiches und Volkes vereinbar ist. Deutschland ist durch seine geographische Lage und seine wirtschaftlichen Bedürfnisse auf den friedlichen Verkehr mit den Nachbarn und mit dem fernen Ausland angewiesen. Kein Volk hat daher mehr als das deutsche Anlaß, zu wünschen, daß an die Stelle des gemeinsamen Hasses und Kampfes ein versöhnlicher und brüderlicher Geist zwischen den Nationen zur Geltung kommt.

Wenn die Völker von diesem Geist geleitet, zu ihrem Heile erkannt haben werden, daß es gilt, mehr das Einigende als das Trennende in ihren Beziehungen zu betonen, wird es ihnen gelingen, auch die einzelnen noch offenen Streitpunkte so zu regeln, daß jedem Volk befriedigende Daseinsbedingungen geschaffen werden und damit eine Wiedertekehr der großen Völkertatastrophe ausgeschlossen erscheint. Nur unter dieser Voraussetzung kann ein dauernder Friede begründet werden, der die geistige Wiederannäherung und das wirtschaftliche Wiederaufblühen der menschlichen Gesellschaft begünstigt.

Diese ernste und aufrichtige Überzeugung ermutigt uns zu der Zuversicht, daß auch unsere Gegner in den von Seiner Heiligkeit zur Erwägung unterbreiteten Gedanken eine geeignete Unterlage sehen möchten, um unter Bedingungen, die dem Geiste der Billigkeit und der Lage Europas entsprechen, der Vorbereitung eines künftigen Friedens näherzutreten."

Österreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei äußerten sich ähnlich zustimmend, wie überhaupt die österreichisch-ungarische Regierung in ihrer konsequenten Verständigungspolitik dem Gedanken einer neuen Gestaltung der zwischenstaatlichen Beziehungen in einem Völkerbund zu verschiedenen Malen durch den

Mund verantwortlicher Personen Beifall gezollt hat. Die Entente schwieg auf die Papstnote. Wilson antwortete verärgert.

Am 8. Januar 1918 entwickelte er denn vor dem Kongreß seine Kriegsziele. Er stellte hierbei 14 Punkte auf, die der Reichskanzler am 24. Januar einzeln beantwortete. Aus diesen 14 Punkten greifen wir 5, die für das Zusammenleben der Völker nach dem Kriege wichtig sind, in der Formulierung Wilsons und daneben in der Beantwortung des Grafen Hertling heraus:

Wilson

Reichskanzler

Punkt 2.

Freiheit der Meere.

Der zweite Punkt ist vollkommene Freiheit der Schifffahrt auf dem Meere außerhalb der territorialen Gewässer im Frieden sowohl wie im Krieg, mit Ausnahme jener Meere, die ganz oder teilweise durch eine internationale Handlung zwecks Durchsetzung internationaler Verträge geschlossen werden.

Im zweiten Punkt fordert Wilson die Freiheit der Meere. Die vollkommene Freiheit der Schifffahrt auf dem Meere im Krieg und Frieden wird auch von Deutschland als eine der ersten und wichtigsten Zukunftsforderungen aufgestellt. Hier besteht also keine Meinungsverschiedenheit. Die von Wilson am Schluß eingefügte Einschränkung — ich brauche sie nicht wörtlich anzuführen — ist nicht verständlich und scheint überflüssig. Sie würde also am besten wegsfallen. In hohem Grade aber wichtig wäre es für die Freiheit der Schifffahrt in der Zukunft, wenn auf stark befestigte Flottenstützpunkte wichtiger internationaler Verkehrsstraßen, wie sie England in Gibraltar, Malta, Aden, Hongkong, auf den Falklands-Inseln und an manchen anderen Stellen unterhält, verzichtet werden könnte.

Punkt 3.

Beseitigung wirtschaftlicher Schranken

Der dritte Punkt ist die Beseitigung, soweit sie möglich ist, aller wirtschaftlicher Schranken und die Errichtung der Gleichheit der Handelsbeziehungen unter allen Nationen, die sich dem Frieden anschließen und sich zu seiner Aufrechterhaltung vereinigen.

Auch wir sind mit der Beseitigung wirtschaftlicher Schranken, die den Handel in überflüssiger Weise einengen, durchaus einverstanden. Auch wir beurteilen einen Wirtschaftskrieg, der unausweichlich die Ursachen künftiger kriegerischer Verwicklungen in sich tragen würde.

Punkt 4.

Rüstungsbeschränkung.

Die vierte Bedingung ist, daß entsprechende Garantien gegeben und angenommen werden, daß die Rüstungen der Völker auf das niedrigste mit der inneren Sicherheit vereinbarende Maß herabgesetzt werden.

Wie schon früher von uns erklärt wurde, ist der Gedanke einer Rüstungsbeschränkung durchaus diskutabel. Die Finanzlage sämtlicher europäischer Staaten nach dem Kriege dürfte einer befriedigenden Lösung den wirksamsten Vorschub leisten.

Punkt 5.

Koloniale Regelung.

Eine freie ehrliche und vollkommen unparteiische Ordnung aller kolonialen Ansprüche, die auf der strengen Beobachtung des Prinzips begründet ist, daß bei der Regelung aller solcher Fragen der Souveränität die Interessen der in Betracht kommenden Bevölkerung gleiches Gewicht haben müssen, wie die gerechten Ansprüche der Regierung, deren Besitzrecht festgelegt werden soll.

Ich wende mich zum fünften Punkte: Schlichtung aller kolonialen Ansprüche und Streitigkeiten. Die praktische Durchführung der von Wilson aufgestellten Grundsätze in der Welt der Wirklichkeit wird einigen Schwierigkeiten begegnen. Jedenfalls glaube ich, daß es zunächst dem größten Kolonialreich — England — überlassen bleiben könnte, wie es sich mit diesem Vorschlag seines Verbündeten abfinden will. Bei der unbedingt auch von uns geforderten Neugestaltung des Welt-Kolonialbesitzes wird von diesem Programmpunkt seinerzeit zu reden sein.

Punkt 14.

Verband der Völker.

Es muß eine allgemeine Vereinigung der Nationen mit bestimmten Vertragsbedingungen gebildet werden, zum Zwecke gegenseitiger Garantieleistung für die politische Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit der großen sowie der kleinen Nationen.

Der letzte Punkt behandelt den Verband der Völker. Was diesen Punkt betrifft, so stehe ich, wie sich aus meiner bisherigen Tätigkeit ergibt, jedem Gedanken sympathisch gegenüber, der für die Zukunft die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit von Kriegen ausschalten und das friedliche, harmonische Zusammenarbeiten der Völker fördern will. Wenn der von Präsident Wilson angeregte Gedanke des Verbandes der Völker bei näherer Ausführung und Prüfung ergibt, daß er wirklich im Gebiete vollkommener Gerechtigkeit gegen alle und vollkommener Vorurteilslosigkeit ge-

faßt ist, so ist die Kaiserliche Regierung gern bereit, wenn alle anderen schwebenden Fragen geregelt sein werden, einer Prüfung der Grundlage eines solchen Völkerbundes nahezutreten.

Die Replik, die Wilson am 11. Februar in seiner Rede an den Kongreß auf die Rede des Reichskanzlers vom 24. Januar gab, brachte zum Ausdruck, daß Wilson die Stellungnahme des Reichskanzlers nicht genügte, namentlich insofern, als er ihm zum Vorwurf macht, der Kanzler wünsche zwar die wesentlichen Grundlagen von Handel und Industrie durch gemeinsame Abkommen und Bürgschaften gesichert, übertrage dieses Prinzip des gemeinsamen internationalen Übereinkommens aber nicht auf die Regelung von politischen Fragen. Hier spricht in Wilson die Tatsache der deutsch-russischen Sonderfriedensverhandlungen. Am Schluß stellt Wilson dann vier Grundsätze als Grundlage für einen allgemeinen Frieden auf. Sie lauten:

1. daß jeder Teil einer endgültigen Vereinbarung im wesentlichen auf der Gerechtigkeit in dem bestimmten Falle und auf einem solchen Ausgleich aufgebaut sein muß, von dem es am wahrscheinlichsten ist, daß er einen Frieden, der dauernd ist, herbeiführen wird;

2. daß Völker und Provinzen nicht von einer Staatsoberrhoheit in eine andere herumgeschoben werden, als ob es sich lediglich um Gegenstände oder Steine in einem Spiel des Gleichgewichts der Kräfte handele, das nun für alle Zeiten diskreditiert ist; daß jedoch

3. jede Lösung einer Gebietsfrage, die durch diesen Krieg aufgeworfen wurde, im Interesse und zugunsten der betroffenen Bevölkerungen und nicht als Teil eines bloßen Ausgleiches oder Kompromisses der Ansprüche rivalisierender Staaten getroffen werden muß;

4. daß alle klar umschriebenen nationalen Ansprüche die weitgehendste Befriedigung finden sollen, die ihnen zuteil werden kann, ohne neue oder die Verewigung alter Elemente von Zwist und Gegnerschaft, die den Frieden Europas und somit der ganzen Welt wahrscheinlich bald wieder stören würden, aufzunehmen.

Am 25. Februar beantwortete der Reichskanzler diese vier Punkte mit grundsätzlicher Zustimmung und erklärte, daß ein allgemeiner Friede auf solchen Grundsätzen erörtert werden könne. Hervorzuheben ist aus der Zustimmung des Reichskanzlers, daß er die Äußerung Wilsons von dem für immer diskreditiert erklärten Spiel des Gleichgewichtes der Kräfte freudig begrüßte und mit Recht darauf hinwies, daß das Prinzip von der Erhaltung des Gleichgewichtes eine englische Erfindung ist. An dieser Feststellung des Reichskanzlers kann auch die erregte Polemik, die Balfour am 28. Februar 1918 gegen dieselbe geführt hat, nichts ändern.

Nur einen Vorbehalt machte Graf Hertling bei seiner Zustimmung, indem er hervorhob, daß es mit dem Vorschlag Wilsons

nicht getan sei, sondern, daß es zur Verwirklichung der Anwendung dieser Grundsätze wesentlich darauf ankomme, daß sie von allen Staaten auch tatsächlich anerkannt würden. In diesem Zusammenhang wies der Reichskanzler darauf hin, daß, wenn ein Völkerbund zustandekommen soll, zunächst von allen Nationen an die Errichtung eines Schiedsgerichtes zur Wahrung des Friedens herangegangen werden müsse, was noch nicht geschehen sei:

„Gewiß, ein Völkerbund, der auf Gerechtigkeit gegenseitiger selbstloser Anerkennung aufgebaut wäre, ein Zustand der Menschheit, in dem mit allen Resten früherer Barbarei der Krieg völlig verschwunden wäre, und es keine blutigen Opfer, keine Selbsterfleischung der Völker, keine Zerstörung mühsam erworbener Kulturwerte mehr gäbe, es wäre ein Ziel, aufs innigste zu wünschen. Aber noch ist dieses Ziel nicht erreicht, noch besteht kein von allen Nationen zur Wahrung des Friedens im Namen der Gerechtigkeit errichtetes Schiedsgericht.“

Wilson hatte in seiner Rede geäußert, der Reichskanzler solle sich bewußt sein, daß er vor dem „Gerichtshof der ganzen Welt“ spreche. Mit diesem Wort hat Wilson der Sache des Völkerbundes nicht genügt. Es hatte den Anschein, als ob er damit sagen wollte, die Entente sei das Weltforum.

Was Wilson seit dieser Zeit verlauten ließ, hat erkennen lassen, daß er mit dem Wachsen der amerikanischen Kriegsbereitschaft sein Programm auf dem Wege äußerster Gewalt zu erreichen entschlossen ist. Bei der Feier des ersten Jahrestages des Eintritts der Vereinigten Staaten in den Krieg und der Eröffnung der Werbefeldzuges für die dritte Freiheitsanleihe (1. April 1918) hielt Wilson in Baltimore eine Rede, in der er von dem „Weltreich der Gewalt, der Gewinnjucht und der kommerziellen Oberherrschaft“ sprach, das Deutschland über die slawischen Völker aufrichten wolle und das für Amerika ebenso feindselig sein würde wie für Europa, und gab als Antwort auf diese Deutschland unterstellten Absichten die Parole aus: „Gewalt, Gewalt bis zum äußersten, Gewalt ohne Maße und Grenzen, die rechte, triumphierende Gewalt, die die Gesetze der Welt wieder in ihre Rechte einsetzt und jede selbstische Oberherrschaft in den Staub schleudern wird.“ In ähnlicher Weise sprach Wilson bei einer Kundgebung des Roten Kreuzes im Mai 1918 von den deutschen Eroberungs- und Ausbeutungsplänen und von dem Schauspiel des Kampfes von vier Nationen, die selbstständig nach Vergrößerung streben, gegen 25 Regierungen, die den größten Teil der Welt darstellten und zu einer neuen Gemeinschaft der Zwecke sowie einer neuen Einheit des Lebens verbunden seien. Demnach denkt Wilson jetzt an eine Begrenzung des Völkerbundes auf die Ententemächte und an eine Abschließung der Mittelmächte. Im Juni 1918 konnte daher der Reichskanzler sagen: //

„Ich bin nun am 25. Februar dieses Jahres einen Schritt weitergegangen. Ich habe damals ausdrücklich Stellung genommen zu der Botschaft des Präsidenten Wilson vom 11. Februar. Ich habe seine bekannten vier Punkte hier besprochen und grundsätzlich meine Zustimmung zu diesen vier Punkten erklärt. Ich habe gesagt, daß diese vier Punkte möglicherweise die Grundlage für einen allgemeinen Weltfrieden bilden könnten. Irgendwelche Äußerungen des Herrn Präsidenten Wilson sind darauf nicht erfolgt, und so hatte es gar keinen Zweck, den damals angespinnenen Faden weiterzuspinnen. Es hat um so weniger Zweck nach den Auslassungen, die uns seitdem insbesondere aus Amerika zugekommen sind. Diese Auslassungen haben ja mit wirklich erfreulicher Deutlichkeit erkennen lassen, was unter dem Friedensbund der Völker, unter dem Völkerbund für die Erhaltung von Freiheit und Gerechtigkeit zu verstehen sei. Deutlich ließen ja unsere Gegner erkennen, daß sie der Kern dieses zu bildenden Völkerbundes sein würden, und daß es somit gar keine Schwierigkeiten haben würde, das bequem aufstrebende Deutschland zu isolieren und ihm durch die wirtschaftliche Abschürung den Lebensodem auszulöschen.“

In der Tat geht Wilson jetzt darauf hinaus, zunächst die alliierten Völker in einen Bund mit verpflichtenden Bedingungen zusammenzufassen, um Deutschland nach dessen Niederwerfung vor die Alternative zu stellen, entweder die Bedingungen des Völkerbundes anzunehmen oder isoliert zu bleiben.

In England steht die Idee des Völkerbundes sehr im Vordergrund. Es ist schon auf die Schrift Greys, die in England der öffentlichen Diskussion des Themas neue Nahrung zugeführt hat, erwähnt worden.

Asquith sprach am 26. September 1917 in Leeds von der weltumfassenden Politik, die von einer Vereinigung der Völker in einem Bund, dessen Grundlage die Gerechtigkeit und dessen Eckstein die Freiheit ist, liege.

„Beschränkung der Rüstungen, Annahme des Schiedsgerichtswesens als natürliche Lösung internationaler Streitigkeiten und Verweigerung von Angriffskriegen und Kriegen aus Ehrgeiz in die Reihe von Torheiten, die sich überlebt haben, werden die Meilensteine auf diesem Wege sein. Man wird zu Anfang und vielleicht auch für lange Zeit noch nicht in der Lage sein, auf militärischen oder wirtschaftlichen Zwang gegen die Unredlichen und Widerspenstigen zu verzichten. Aber wir dürfen hoffen, daß das tatsächliche Gesetz mit seinen Zwangsmitteln nach und nach in den Hintergrund geschoben und die souveräne Macht als im gesunden Verstand der Menschheit ruhend anerkannt werden wird.“

Auf einem Essen des National Liberal-Clubs zu Ehren der amerikanischen Offiziere in London am 10. Juni dieses Jahres bezeichnete Asquith die Liga der Nationen als

„keine leere politische Abstraktion, keine hohle rednerische Formel, sondern ein konkretes bestimmtes Ideal, dessen Verwirk-

lichung in praktischer Gestalt bei weitem das dringendste Aufbauproblem internationaler Staatskunst ist."

Anlässlich des vierten Jahrestages des Kriegsausbruches führte Asquith den Vertretern der „Associated Press“ aus, die Entente dürfe die Waffen nicht niederlegen,

bövor sie nicht wenigstens die Anfänge einer großen internationalen Gemeinschaft vollendet hätte, die aufgebaut werden müsse auf den Grundlagen einer praktischen Politik zur Aufrichtung einer zwingenden über die ganze Erde verbreiteten Herrschaft des Rechts und zur Verdrängung der Kriege bis ans Ende der Welt."

Liegt hierin der Gedanke ausgedrückt, daß der Völkerbund ein politisches Kriegsinstrument zur Errichtung der Herrschaft der Entente sein solle, so tritt dieser Gedanke auch bei den anderen englischen Staatsmännern mehr oder weniger in den Vordergrund. Lord Curzon verlangte am 26. Juni 1918 die grundsätzliche Zustimmung des Oberhauses, daß für den Gedanken des Völkerbundes etwas geschehen müsse. Der Bund des britischen Reiches und der Bund der 20 bis 25 verbündeten Nationen existiere bereits und umfasse gegen $\frac{2}{3}$ der Menschheit. Obwohl es schwer zu denken sei, daß Deutschland in einen Völkerbund aufgenommen werden könne, sei es theoretisch selbstverständlich, daß der Bund alle Staaten einschließen müsse. Wenn eine allgemeine Übereinstimmung insbesondere über die Kriegsverhinderung zu etwas führen solle, so müßten schließlich alle wichtigeren Staaten der Welt an ihr teilnehmen. Als Hauptlinien, auf denen die englische Regierung vorzugehen vorschläge, bezeichnete Lord Curzon:

1. einen Obersten Gerichtshof;
2. die Anferlegung eines Moratoriums, während dessen Feindseligkeiten nicht eröffnet werden dürften, solange die Entscheidung noch schwebt; jede Partei, die die Feindseligkeiten aufnehme, müsse als Angreifer betrachtet werden.
3. Eine Sanktion zur gewaltigen Durchführung der Entscheidung eines Obersten Gerichtshofes; dies gewaltsame Vorgehen würde auch erfolgen gegenüber dem, der die Feindseligkeiten aufnehme, ohne das Schiedsgericht anzurufen, er würde sich ipso facto im Kriege mit den anderen Staaten befinden, und diese würden einander helfen mit ihren Heeren, ohne daß irgendeine internationale Polizei notwendig wäre, die kleineren Staaten durch wirtschaftlichen Druck und die größeren Staaten durch militärische und maritime Mittel.

Lord Cecil ist ein überzeugter Anhänger der festen wirtschaftlichen Verknüpfung der Ententemächte zur Isolierung Deutschlands. Seine Auffassung über die Wirtschaftspolitik der Entente beruht ganz auf diesem Prinzip. Er erkennt das Wilsonsche Prinzip vom 8. Januar der wirtschaftlichen Freiheit an, sieht aber in dem Schutz Zoll keinen Gegensatz zu dieser Freiheit, vertritt

andererseits die gegenseitige Ergänzung und Aushilfe mit Rohstoffen unter den Alliierten und will Deutschland vor seiner Kapitulation von jeder wirtschaftlichen Gemeinschaft ausschließen. Am 16. August 1918 bezeichnete er anlässlich des vierten Jahrestages der Gründung der Kommission für interalliierte Versorgung mit Lebensmitteln diese Kommission für ein ausgezeichnetes Vorbild für den Völkerbund. Wenn diese interalliierte Genossenschaft weiter ausgebaut werde, so könne sie den Weg für die künftige Organisation der Nationen zeigen.

Balfour sieht die Errichtung des Völkerbundes nur möglich auf Grund eines geschlagenen Deutschlands. Eine wirkliche Sicherheit für den Frieden der Welt erblickt er in einer territorialen Neugestaltung, die durch einen Völkerbund unterstützt werden würde. Andererseits legt Balfour Deutschland ein Streben nach Vorkherrschaft unter, was sich neben der englischen Eroberungspolitik in Palästina und Mesopotamien und den englischen Ansprüchen auf die deutschen Kolonien mehr als merkwürdig ausmacht.

Wie aus seiner Rede im Unterhaus vom 2. August 1918 hervorgeht, will er die wirtschaftliche Waffe gegen Deutschland anwenden und steht der Frage der Abrüstung skeptisch gegenüber.

Lloyd George nimmt erst recht kein Blatt vor den Mund. Am 14. Dezember 1917 hat er auf einem den Leitern des Luftdienstes gegebenen Bankett erklärt, Liga der Nationen, Abrüstung, Schiedsgericht und Sicherheit, das seien alles „schöne, große Redensarten, wenn nicht ein Sieg vorhergegangen sei“. Was nach dem Siege eine richtige Politik sei, sei ohne Sieg eine Possen. Vor den Gewerkschaften drückte er sich am 5. Januar 1918 etwas gemäßigter aus. Er sagte, man müsse sicher sein,

daß ein großer Versuch gemacht werden muß, zur Errichtung einer internationalen Organisation, eine Alternative für den Krieg als Mittel, internationale Streitigkeiten zu schlichten, zu schaffen.

Wenn wir gefragt werden, wofür wir kämpfen, so können wir sagen, für einen gerechten und dauernden Frieden, und wir glauben, daß, bevor ein solcher erhofft werden kann, die folgenden Bedingungen erfüllt werden müssen.

Erstens: muß die Heiligkeit von Verträgen aufgerichtet werden, zweitens: muß eine Schlichtung von Gebietsfragen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts oder der Zustimmung der regierenden Völker gesichert werden, und drittens müssen wir durch Schaffung einer internationalen Organisation suchen, die Last der Rüstungen zu beschränken und die Wahrscheinlichkeit eines Krieges zu vermindern. Unter diesen Bedingungen würde das britische Reich einen Frieden willkommen heißen, und um diese Bedingungen sicherzustellen, sind keine Völker bereit, noch größere Opfer zu bringen als die bisher gebrachten.

Es entspricht dann der Mentalität Lloyd Georges, wenn er die Abrüstung in Zusammenhang bringt mit der Notwendigkeit der Niederwerfung Deutschlands. Erst der englische Sieg, die englische Vorherrschaft ist ihm die Voraussetzung zur Abrüstung in allen Ländern, nach einem solchen Sieg könnte Deutschland die Abrüstung diktiert werden. Er stellt die Sache so dar, als wenn er den Sieg brauchte, damit Deutschland abrüüste. Im Januar 1918 sagte er zu den Gewerkschaftsführern:

„Wir kämpfen darum, daß nicht nur im eigenen Lande, sondern in allen Ländern Verhältnisse eintreten, die die Dienstpflicht rückgängig machen. Wir wollen das, was jetzt geschieht, für immer unmöglich machen. Die Frage ist nicht, ob wir der Dienstpflicht in diesem Lande ein Ende machen. Wir müssen ihr in anderen Ländern ein Ende machen.“

Anfang August 1918 hielt Lloyd George vor 200 englischen Großindustriellen eine Rede, in der er darauf hinwies:

„Es bestehen bereits zwei Völkerbünde, nämlich 1. das britische Reich und 2. das Bündnis der zusammen gegen die Mittelmächte kämpfenden Völker. Wozu die Besprechungen auch führen mögen, es wird ein Völkerbund sein müssen, bei dem wir mit diesen schon bestehenden Völkerverbänden, von denen wir bereits einen Teil darstellten, Hand in Hand gehen können.“

Lloyd George warnte dann vor dem Irrtum, für die Rohstoffversorgung nach dem Kriege die Genossenschaft der Entente aufzulösen.

Branting schrieb auf diese Rede hin, Lloyd George habe Deutschland mit wirtschaftlicher Unterdrückung nach dem Kriege und dem Ausschluß aus der Liga der Nationen gedroht. Dieser Interpretation fiel bald eine Neutermeldung in die Flanke, nach welcher Lloyd George dargelegt habe, das ideelle Ziel des Völkerbundes sei die Aufrichtung des Friedens und die gerechte Entwicklung für alle Nationen ohne Rücksicht darauf, ob sie die Macht haben, ihr Recht durchzusetzen; falls Deutschland glauben sollte, seinen militaristischen Standpunkt ändern und zu den friedlichen Aufgaben zurückkehren zu können, durch welche es einen hervorragenden Platz innerhalb der freundschaftlichen Zusammenhänge der Nationen gewonnen habe, so würde das von den Alliierten anerkannt werden.

Das ist wohl eine kleine Abschwächung, aber auch hier kommt zum Ausdruck, daß Lloyd George den Völkerbund so auffaßt, daß Deutschland unter gewissen Bedingungen einem bestehenden Völkerbund der Alliierten beitreten dürfe. Das ist auch der Sinn seiner Rede vom 12. September 1918 in Manchester.

Man kann die englischen Minister zu den Leuten rechnen, von denen Grey in seiner Broschüre sagt, sie sollten der Idee des Völkerbundes „L i p p e n d i e n s t“, um es mit Wilson nicht zu verderben und um die ehrlichen Anhänger des Völkerbundes im Volke

und die Liberalen nicht vor den Kopf zu stoßen. Ihre Idee dabei ist, zunächst einmal die Alliierten zu einem Völkerbund zusammenzuschließen, um Deutschland, wenn es geschlagen ist, zu zwingen, die Bedingungen des Völkerbundes anzunehmen, so daß ein Völkerbund zustande käme, in dem eine Gruppe führend sei.

Es ist nun interessant zu beobachten, daß England bei seinem Bestreben, den Gedanken des Völkerbundes nach seinen Ansichten zu gestalten, in Wilson ein entschiedener Partner entstanden ist. Wilson will für den Moment der Verhandlungen mit den Zentralmächten die politische Einheit der Alliierten hergestellt haben. Und zwar will Wilson parallel mit den großen militärischen Anstrengungen Amerikas, die ihm in der Entente eine ständig an Bedeutung wachsende Rolle geben, auch politisch die Organisation der Alliierten dirigieren. Damit kommt er England ins Gehege, das die Welt nach eigenen Plänen gestalten möchte und sich daher vor allem gegen eine vorzeitige Bindung auflehnt. Wilson will für den Frieden bereits eine abgeschlossene Organisation, während England sich freie Hand behalten und sich überhaupt nicht vom ideologischen Wilson führen lassen will.

Die Art und Weise, wie namentlich Lloyd George den Völkerbundsgedanken diskreditiert, findet energischen Widerspruch bei den aufrichtigen Befennern des Völkerbundes in England.

In dieser Beziehung ist neben Grey vor allen Dingen auch Lansdowne zu nennen, der sich verschiedentlich für eine Verständigung ausgesprochen hat und hinter dem vermutlich stärkere Kreise stehen, als es nach außenhin den Anschein hat. Die Haltung des Lloyd George-Kabinetts stößt weiter auf den energischen Widerspruch der Arbeiterpartei, der Radikalen und der Liberalen der „Westminster Gazette“. Henderson hielt im Juli 1918 in Oldham eine Rede, in der er verlangte, daß der Völkerbund alle Nationen einschließlich der Neutralen umfassen müsse, und daß man nicht vom Völkerbund reden dürfe, ohne gleichzeitig auf Rache verzichten zu müssen. Er forderte Lloyd George auf, durch Vermittlung eines neutralen Komitees Verhandlungen mit Deutschland zu beginnen.

Auf dem vierten Verhandlungstag des britischen Gewerkschaftskongresses anfangs des zweiten Drittels des Monats September 1918 führte Henderson aus:

„Wir wollen, daß der kommende Friede auf keiner Seite ein Gefühl der Bitterkeit und Schädigung hinterläßt. Wir geben jeden Gedanken an wirtschaftlichen Boykott nach dem Kriege auf. Wir weisen jede Absicht, Deutschland zu isolieren und sein Wirtschaftsleben zu zertreten, zurück. Unsere Politik ist mit einem Worte eine Politik der Verständigung. Wir erklären, daß dieser Krieg mit dem Augenblicke enden sollte, wo alle Kriegführenden einschließlich Deutschland bereit

sind, Vernunft an Stelle der Gewalt und internationales Zusammenarbeiten an Stelle nationaler Angriffspolitik zu setzen.“

In der Unterhausdebatte vom 1. August 1918 erklärte der Abgeordnete Thomas von der Arbeiterpartei, er sei gegen den Wirtschaftskrieg, und es sei Pflicht der Regierung, alle Wege ausfindig zu machen, die zum Frieden und zum Völkerbund führen würden. Liberale Abgeordnete führten aus, daß der Völkerbund jeder beitretenden Nation gewisse Opfer auferlegen würde; das sei eine bittere Medizin, aber der einzige Ausweg für die Welt. Die Hauptschwierigkeit für die Verwirklichung des Völkerbundgedankens liege in der Schaffung einer Exekutive für seine Entscheidungen. Alle Nationen müßten übereinkommen, die Rüstungen in weitgehendem Maße zu vermindern. Der Bund müßte eine juristische Maschinerie zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen den Nationen besitzen, und die Nationen müßten sich verpflichten, Kontingente zu stellen, um eine gegen die Entscheidung des Bundes widerstrebende Nation zu zwingen. Der Eintritt in den Völkerbund werde somit für die beigetretene Nation eine Versicherung gegen Kriegsgefahr. Von unionistischer Seite wurde hervorgehoben, ein Völkerbund, der nicht schließlich Deutschland einschloße, wäre ein trauriger Ersatz für das Ideal, allerdings müsse Deutschland erst geschlagen sein.

Stellen wir als das Ergebnis des bisherigen fest, daß der Völkerbundsgedanke in England eine große Rolle spielt, daß es bei der Linken zahlreiche ehrliche Anhänger des Gedankens gibt, die Deutschland vom Völkerbund nicht ausschließen, sondern es als gleichberechtigtes Mitglied haben wollen, daß die englische Regierung aber und mit ihr die Unionisten an einen Völkerbund denken, der unter englischer Oberherrschaft errichtet wird, wenn Deutschland geschlagen ist.

Nicht viel anders lautet die französische Auffassung des Völkerbundes. Nach dem Bericht des Vorsitzenden der von der französischen Regierung eingesetzten Kommission, Léon Bourgeois, im „Matin“ ist der Völkerbund zwar von universeller Richtung, aber er könne gegenwärtig nur unter den Alliierten gebildet werden, „die sich schlagen, um die Herrschaft des Rechtes und der Gerechtigkeit herbeizubringen“. Später dürfen dann auch andere Nationen eintreten, wenn sie die nötigen tatsächlichen und rechtlichen Garantien liefern. Mit anderen Worten, die offiziöse französische Auffassung ist die Verewigung der Entente nach der Niederwerfung Deutschlands. Die Aufnahme dieses Berichtes in der französischen Presse entsprach durchaus seinem Geist, u. a. wurde der Völkerbund als ein wirtschaftliches Kampfmittel bezeichnet. Auf demselben Standpunkt steht ungefähr die französische völkerrechtliche Publizistik über den Völkerbund: man will Deutschland nicht ausschließen, aber es muß erst Garantien bieten. Die französischen Gewerkschaften hingegen haben auf dem Kongreß der Gewerkschaftsverbände im Juli 1918 unter ihr

Programm aufgenommen: keine Annexionen, Selbstbestimmungsrecht der Völker, Wiederherstellung der Unabhängigkeit und territorialen Integrität der besetzten Länder, keine Kriegsschädigungen, keinen Wirtschaftskrieg nach dem Kriege, Freiheit der Meere und Meerengen, internationales Schiedsgericht, Gesellschaft der Nationen. Diese Friedensresolution wurde mit 908 gegen 253 Stimmen bei 46 Enthaltungen angenommen. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß Clemenceau sich kürzlich in ausgesprochener Rücksicht auf diese hinter den französischen Gewerkschaften stehenden Volkskräfte in einer Unterredung mit dem genannten Senator Bourgeois äußerte, wenn er sich in einer früheren Kammerrede als Gegner des Völkerbundes erklärt habe, so sei das als plötzlicher Einfall nicht ernst zu nehmen, im Gegenteil, er sei ein Freund der Gesellschaft der Nationen.

In Italien ist ein Artikel bemerkenswert, den der liberale Senator Ponti, wie die „Frankfurter Zeitung“ vom 27. August 1918, Nr. 237, meldete, zur Frage des Völkerbundes veröffentlichte. Ponti polemisiert darin, wie sich aus einem an ihn gerichteten, übrigens zustimmenden offenen Brief des Führers der italienischen Katholiken Marchese Crispolti im „Corriere d'Italia“ ergibt, gegen die Begrenzung des Völkerbundes auf die Entente (und Crispolti bezieht sich in gleicher Weise auf den gleichen Vorschlag Bourgeois), weil die Mittelmächte einem solchen Völkerbunde als einem gegen sie gerichteten Bündnis niemals vertrauensvoll beitreten könnten und auch das gleiche Hemmnis für den Beitritt der Neutralen vorliege. Ponti sagt, man solle auch nicht mit der Gründung des Völkerbundes bis nach Friedensschluß warten, sondern sie jetzt vornehmen, um durch ihn dem Kriege ein Ende zu machen. Er denkt sich im einzelnen den Vorgang so:

Die Ententemächte sollen sofort einen Völker- oder Friedensbund anregen und auch die Neutralen auffordern, sich darüber auszusprechen. Endlich soll die Einladung auch den Mittelmächten selber und ihren Verbündeten zugehen.

Die Ententemächte sollen ihre Geneigtheit aussprechen, alle Streitfragen nationaler, wirtschaftlicher und kolonialer Natur, die Frage der Freiheit der Meere, der Kolonien, der Wiederherstellungen und Entschädigungen usw. dem endgültigen Urteil eines Obersten Schiedsgerichts zu unterbreiten, unter der Voraussetzung der Verpflichtung beider Teile, sich dessen Spruch zu fügen.

Dem Schiedsgericht soll eine gleiche Zahl von Vertretern der beiden kriegführenden Mächtegruppen angehören, daneben aber auch „Delegierte von hohem Ansehen und ungetrübtem Urteil“, die aus neutralen Ländern zu bestellen wären.

Die Grundkriterien des Schiedsgerichts müßten sich nach den allgemein anerkannten Grundsätzen der Billigkeit und nach der Achtung vor offensichtlichen und vernünftigen nationalen Bestrebungen richten, außerdem auch nach dem Geiste der vier am 12. Februar von Wilson formulierten Thesen, die bereits die allgemeine Zustimmung gefunden

haben. Andere Richtlinien könnten eventuell zwischen den Parteien selber vereinbart werden.

Der Vorschlag findet die Billigung des italienischen Katholikenführers, mit Recht sagt er, wenn die Staatsmänner vom Völkerbund oder seinem Schiedsgericht die Befestigung des Weltfriedens erwarteten, sollten sie auch das Vertrauen haben, daß der Völkerbund mit seinen Einrichtungen imstande sei, die gegenwärtigen Probleme zu lösen. Freilich müsse dann darauf verzichtet werden, daß ein Sieger einem Besiegten die Bedingungen vorschreibe.

Der englische und französische Gedanke eines Ententevölkerbundes oder eines Völkerbundes unter Führung einer besonderen Gruppe hat auch bei den Neutralen Widerspruch gefunden. Die Neutralen haben das größte Interesse daran, daß ein Völkerbund zustandekommt, in dem jedes Glied gleichberechtigt und bei dessen Zustandekommen jedes Glied in gleicher Weise und unter gleichen Voraussetzungen initiativ beteiligt ist. Sie, die im Kriege, wenn auch kein Blut und an Gut nicht in dem Maße wie die Kriegführenden eingebüßt haben, sind der Wirkung des Weltkrieges doch in hohem Maße unterworfen und werden es bei späteren Kriegen stets sein. In Schweden erklärte daher der Staatsminister Gunnar Knudsen aus Anlaß der bevorstehenden Shortingsneuwahlen, ein Völkerbund in der Form, durch die zukünftige Kriege vermieden werden können, sei ein Ziel, das auch die Neutralen anstreben müßten. Am 6. Juni 1918 äußerte der eidgenössische Bundespräsident Calonder im Nationalrat:

„Was die Schaffung eines Völkerbundes betrifft, so widmet der Bundesrat dieser Angelegenheit alle Aufmerksamkeit. Er soll nichts versäumt werden, was zum Ziele führen kann. Der Bundesrat hat bereits Herrn Professor Max Huber in Zürich beauftragt, als Rechtskonsulat die Sache zu untersuchen und dem Bundesrat ein Gutachten zu unterbreiten. Es handelt sich darum, eine neue internationale Rechtsordnung aufzustellen. Sobald der Bundesrat im Besitz des Gutachtens mit den Anträgen des Rechtskonsulenten ist, wird das Politische Departement dasselbe einer vorberatenden Expertenkommission unterbreiten, damit der Bundesrat alsdann in voller Kenntnis der Sachlage über die Angelegenheiten entscheiden kann. Er behält sich vor, der Bundesversammlung über dieselbe Bericht zu erstatten und wird seinerzeit dazu Stellung nehmen.“

Der 10. nordische interparlamentarische Kongress in Kopenhagen faßte am 8. September d. J. eine Resolution, die folgende Sätze enthält:

„Die zehnte nordische interparlamentarische Delegiertenversammlung erklärt den dauernden Frieden am besten durch die Errichtung des Völkerbundes gesichert. Ein solcher alle Staaten umfassender Friedensbund wäre nicht allein das wirksamste Mittel zur Vorbeugung des Krieges, er würde zugleich allen Nationen

die Bedingungen für ein unabhängiges Dasein und freie wirtschaftliche Entfaltung sichern. Es wäre von größter Bedeutung, wenn der Völkerbund auf der gegenseitigen Verpflichtung der Staaten aufgebaut würde, jeden Streitfall, der nicht durch diplomatische Mittel lösbar ist, friedlicher Behandlung zu übergeben. Indem die Versammlung darauf hinweist, daß eine Anzahl Regierungen sowohl neutrals als kriegführende die Frage des Völkerbundes bereits durch besondere Kommissionen untersuchen lassen, fordern sie eindringlich alle interparlamentarischen Gruppen auf, diese Frage einer allseitigen Erörterung auf Grundlage der Vorarbeiten zu unterziehen, die vom interparlamentarischen Verband vor dem Krieg ausgeführt wurden. Damit bezweckt sie, die öffentliche Meinung aufzuklären, jede für sich auf ihre Regierung einzuwirken. Die Versammlung fühlt sich überzeugt, daß schon ein großer Schritt getan wäre, wenn von verantwortlicher Seite bei beiden kriegführenden Gruppen dem Gedanken des Völkerbundes vorbehaltlos zugestimmt würde.“

Holländische, flandinavische und spanische Blätter sprechen sich entschieden gegen einen einseitigen Völkerbund aus. So schrieb die „Tijd“ vom 20. August im Anschluß an den oben genannten Artikel von Crispolti: Ein Völkerbund nach französischem Vorschlag müßte Holland in eine sehr schwierige Lage bringen, einerlei ob es in den Bund aufgenommen oder nicht. Unter einem Völkerbund lediglich der Ententeländer würde das wirtschaftliche Leben und der freie Handel leiden. „Stockholms Dagblad“ vom 24. August stellte es als Pflicht der kleinen Staaten hin, darüber zu wachen, daß diese Idee nicht als Deckmantel für verbrecherische Tendenzen benützt werde in der Art von Metternichs Kongresspolitik zur Zeit der Heiligen Allianz. Ein solcher Versuch sei der Plan, den neuen Bund nur von der einen kämpfenden Machtgruppe bilden und diese Gruppen die Regeln und Bedingungen für den Beitritt bestimmen zu lassen. Dabei wolle man die anderen Mächte unter dem Einfluß der großen Phrase vergessen machen, was man selbst natürlich nicht vergesse, daß nämlich ein derartiger Zusammenschluß ganz einfach eine Kampforganisation sei, die jetzt wesentlich militärisch, in Zukunft hauptsächlich wirtschaftlich gedacht sei:

„Kein Außenstehender dürfte behaupten, daß z. B. Griechenland, Portugal, Haiti, Liberia, Kuba, Siam, China und andere ihnen gleichgestellte gegenwärtige Mitglieder des Bundes der freien Völker tatsächlich frei sind. Sie sind zum Kriege genötigt worden und einem wirtschaftlichen Zwang unterworfen, der seinesgleichen sucht und bei Friedensschluß kaum plötzlich aufhören dürfte. So sieht aber die Freiheit nicht aus, welche die außenstehenden neutralen Völker erstreben. Sie wollen sich nicht freiwillig zu Schrauben der Kriegsmaschinerie machen lassen oder auch zu Bausteinen in einem mit Freiheitsphrasen schön dekorierten Weltherrschaftsgebäude, das für die politischen Leiter einiger weniger auserwählter Großmächte bestimmt ist.“

„Svenska Dagblad“ vom 29. August betrachtet den Völkerbundgedanken vom Gesichtspunkt, den man ihm in England vielfach

gegeben hat, indem man ihn mit einer Aktiengesellschaft verglich; hierbei liege die Gefahr vor, daß die Großaktionäre die Kleinaktionäre überstimmen. Unter dem Schein einer Konsolidierung des Unternehmens könnten die kleineren Aktienbesitzer gezwungen werden, ihre Aktien zu verkaufen, wobei der Gewinn des Ganzen auf diejenigen übergeht, welche schon vorher die meisten Aktien hatten.

Dasselbe Bild hatte der bayerische Ministerpräsident von D a n d l in der bayerischen Kammer am 31. Juni 1918 gebraucht, als er erklärte:

„Wir wollen nicht einen Völkerbund, der einer Gesellschaft gleicht, in der ein Aktionär oder eine festgeschlossene Gruppe von Aktionären 55 Prozent des Aktienkapitals in der Hand hat, um damit jede Bewegungsfreiheit der übrigen Teilhaber zu unterdrücken.“

Das ist der Kernpunkt. Die Entente will einen Völkerbund, der ihre Vorherrschaft im Politischen und Wirtschaftlichen stabilisiert. Sie will dadurch den Frieden sichern, daß sie mit Hilfe eines solchen Völkerbundes die anderen Mächte ihren Bedingungen unterwirft. Sie will den Frieden durch den Völkerbund unter Führung einer Mächtegruppe.

Auch in Deutschland gibt es Kreise, die den Standpunkt vertreten, der Friede werde am besten durch eine Vorherrschaft Deutschlands gesichert, und die, ebenso wie die „Morningpost“ und ihre Leute den britischen Nationalismus als die beste Friedensgarantie verfechten, dieselbe Garantie in dem deutschen Schwertfrieden sehen. Es sind dieselben Kreise, die den Gedanken des Völkerbundes an sich durch den Hinweis auf den Mißbrauch, den die Entente damit treibt, diskreditieren, wobei sie aber dasselbe Ziel vor Augen haben, wie die ententistischen Chauvinisten.

Der Völkerbundgedanke beruht auf dem Prinzip der völligen Gleichberechtigung der Nationen und der Bindung sämtlicher Nationen an dieselben Bedingungen. Er ist aufgebaut auf dem Grundsatz der Reziprozität, sein Begriff und seine Existenzmöglichkeit werden gegenstandslos in dem Augenblick, wo er die Vorherrschaft einer Macht oder Mächtegruppe darstellt. Unsere Chauvinisten tun sich wunderweis etwas darauf zugute, daß sie nicht in die „Traum- und Zaubersphäre“ einziehen, wie die Anhänger des Völkerbundsgedankens. Ebensovienig wie ein Friede um jeden Preis das deutsche Ziel sein darf, ebensovienig der Völkerbund um jeden Preis. Die ehrlichen Anhänger des Völkerbundes wissen sehr wohl, daß sich hinter der Bezeichnung Völkerbund imperialistische Bestrebungen glänzend verstecken lassen, und daß dies von der Entente jetzt versucht wird. Das hindert aber nicht, den Gedanken des Völkerbundes nach seinem wirklichen Gehalt zu erfassen und legt gerade die P f l i c h t auf, i h n

rein zu erhalten und seine Unvereinbarkeit mit den imperialistischen Tendenzen zu propagieren. Und zwar gilt das sowohl gegenüber den Imperialisten im eigenen Land als auch denen in Feindesland. Kein Mensch will in Deutschland den Völkerbund um den Preis der deutschen Freiheit erkaufen, aber wir wollen auch nicht einen Völkerbund, in welchem die anderen Völker die Rolle einnehmen sollen, die die Ententeregierungen Deutschland vorbehalten wollten. [Zwischen der Entente und den Mittelmächten besteht in dieser Sache der Unterschied, daß die Machtpolitiker hier in der Minderheit und dort in der Mehrheit sind und ferner, daß die Machtpolitiker bei uns ehrlich genug sind, für ihre Wünsche nicht die Maske des Völkerbundes zu gebrauchen, wie es die Machtpolitiker Englands tun.] So kommt es, daß die zustimmenden Äußerungen über den Völkerbund in Deutschland von Ehrlichkeit getragen sind und allerdings dabei die Forderung zur selbstverständlichen Voraussetzung haben, daß Deutschland nur als gleichberechtigtes und bei dessen Bildung in gleichberechtigter Weise mitwirkendes Glied dem Völkerbunde beitreten kann. Alle die Äußerungen, die in Deutschland in letzter Zeit von hervorragenden Männern und in der Mehrheitspresse zu dem Völkerbundgedanken erfolgt sind, sind eingegeben von dieser loyalen Gesinnung der Idee gegenüber und zugleich von dem Empfinden, daß die Gleichberechtigung und Gleichverpflichtung ihre Grundlage ist, weil die Überzeugung herrscht, daß dies der einzige Weg ist, den Gedanken überhaupt zu verwirklichen. Staatssekretär Solf sprach am 19. August 1918 von den Gruppen und Menschen in allen Ländern, die man als Zentren des europäischen Gewissens bezeichnen könne:

„In diesen Zentren regt sich so etwas wie eine Erkenntnis, daß der Weg ins Freie nur gefunden werden kann, wenn die kriegführenden Nationen zu dem Bewußtsein ihrer **Gemeinsamkeit** zurückerwachen.“

Und Prinz Max von Baden sprach zwei Tage später bei der badischen Verfassungsfeier von dem Tage,

„an dem die kämpfenden passenden und von einander so namenlos leidenden Völker sich zu jener großen **Menschheitsgemeinschaft** zusammensinden, die noch nie gewesen war, die aber aufgegeben ist von dem religiösen Gewissen aller Völker und uns Deutschen noch besonders von unserem größten Denker Emanuel Kant“.

Ist die Lösung dieser gemeinsamen Aufgaben, sind die Voraussetzungen der großen Menschheitsgemeinschaft möglich, ohne daß die Völker mit ehrlichem Willen und mit dem Gefühl der Gleichberechtigung an sie herantreten?

In seiner Stuttgarter Rede vom 12. September 1918 charakterisierte der Vizekanzler von Bayern die Entwicklung der Lage folgendermaßen:

„Die Völker der Erde rufen nach Schutz gegen die weitere Verelendung durch Kriege, nach einem Völkerbund, nach internationalen Schiedsgerichten, nach Vereinbarungen über gleichmäßige Abrüstung. Die feindlichen Regierungen haben teils aus innerer Überzeugung, zum Teil auch wohl aus taktischen Rücksichten heraus sich diesen Ruf zu eigen gemacht. Am Widerspruch des Deutschen Reiches, das, seit es besteht, im Frieden lebte, wird keine dieser Forderungen, deren Erfüllung allerdings geeignet wäre, das Los der kommenden Geschlechter zu erleichtern, scheitern.“

Weder die deutsche Regierung, noch die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes wollen die Vorherrschaft in der Welt, aber ebensowenig wäre die in einem Völkerbund organisierte Vorherrschaft Englands oder Amerikas erträglich. Ein englisches Weltreich oder ein Völkerbund unter englischer Führung, was auf eins herauskäme, wäre keine Friedenssicherung, ebensowenig wie eine Herrschaft des deutschen Imperialismus die Völker vor Befreiungskriegen bewahren würde. Die Geschichte zeigt, daß alle Versuche, den Frieden durch Universalreiche und Weltimperien zu sichern, fehlgeschlagen sind und nur neue Blutmeere geschaffen haben. Lernen wir aus der Geschichte!

Zweites Kapitel.

Weltfriedenssicherungen in der Geschichte.

Der Weg, auf dem bisher in der Geschichte der Versuch gemacht worden ist, den Weltfrieden dauernd zu sichern, war in den meisten Fällen der Weg der Gewalt durch Errichtung eines Universalstaates, der alle Völker seiner Oberherrschaft unterwarf und ihnen den Frieden aufzwang. Ihnen sind die Begründer der großen Weltreiche im Altertum vorangegangen, und im römischen Staate ist es zum ersten Male gelungen, den Gedanken „über das Weltreich zum Weltfrieden“ in die Wirklichkeit umzusetzen. Beinahe vier Jahrhunderte lang, von der Schlacht bei Aktium bis zum Beginn der Völkerwanderung, hat damals die Menschheit eine Periode nahezu ungestörten Friedens durchlebt. Von den Wässern Babylons bis an die Säulen des Herkules, von den Bergen Schottlands bis an die Wüsten Nordafrikas herrschte damals, durch die Waffen der siegreichen römischen Legionen aufrecht erhalten, die Pax Romana. Die gesamte damalige Kulturwelt, die „Oikumene“, stand unter einheitlichen Institutionen und Gesetzen. Eine Sprache, eine Münze,